

## **Too big to fail, too worthy to sale**

von Reto Diener, Gemeinderat und Präsident Grüne Winterthur

KSW (Kantonsspital) und ipw (Integrierte Psychiatrie) Winterthur haben in der Region einen wichtigen öffentlichen Auftrag zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung. Beide gewährleisten unter anderem genau jene medizinischen und psychiatrischen Dienstleistungen die nicht von privaten Playern im regionalen Markt übernommen werden können oder wollen. So z.B. im Kantonsspital den Notfalldienst oder durchaus auch das Geschäft der anspruchsvolleren Operationen. Noch vielmehr gilt das für die Psychiatrie (ipw). Da spielt überhaupt kein Markt, eine allfälliger Verkauf würde noch stärker als beim Spital in einer Monopolstellung eines privaten Anbieters enden. Drei "Grossrisiken" könnten damit schliesslich wieder auf die Gesellschaft und damit die Öffentlichkeit zurückfallen: Den Abbau nicht rentabler Leistungen, den weiteren ungebremsten Anstieg von Kosten für diese Leistungen, oder schliesslich die finanzielle Stützung eines nicht wirklich ökonomisch mehr selbsttragenden Betriebs durch die öffentliche Hand. Beide Institutionen beweisen heute, dass sie in der Lage sind, eine breite Palette von Dienstleistungen erfolgreich bereitzustellen. Sie haben die kritische Grösse sowie das Patientenvolumen, dass es für einen solchen Betrieb braucht. Es gibt keinerlei Grund hier mit der in der Privatwirtschaft üblichen Gewinnmaximierung die Substanz der Leistungen gefährden zu wollen. Nur schon aus diesen finanziellen Risikoüberlegungen ist die Vorlage der Privatisierung abzulehnen.

Hinter diesen beiden Institutionen steckt aber noch ein anderer Wert, der nicht oder nur schwerlich monetarisiert werden kann. Es ist die Verankerung und Abstützung von KSW und ipw in der Bevölkerung der Grossregion Winterthur. Die Bevölkerung zählt auf die Leistungen der medizinischen Grundversorgung, auch und gerade dann, wenn sie nicht zu denjenigen gehört, die auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Mit einer Privatisierung steigt der Druck auf den Abbau unrentabler Leistungen und/oder allenfalls Nutzung von an anderen Orten in der Schweiz verfügbarer, komplexerer medizinischer Eingriffe. Weder wollen wir, dass lukratives Luxusgeschäft die Basisleistungen verdrängt, noch dass Patienten irgendwohin auf andere Spitäler, aus der Region heraus, ausweichen müssen. Es darf nicht sein, dass statt der lokalen Bevölkerung, am KSW schliesslich prioritär Ölscheichs verarztet werden. Im Falle eines notwendigen Klinikaufenthaltes ist es von grosser Bedeutung, dass die betroffene Person nicht aus der Region heraus gerissen wird und die Angehörigen dank der Nähe zum Pflegeort auch unkompliziert unterstützen können. Dem "Patiententourismus" darf nur schon deshalb, aber auch aus ökologischen Gründen (unnötige, längere Transport- und Besuchswege) kein Vorschub geleistet werden.

Die beiden Institutionen sind also nicht nur wegen den finanziellen Risiken bezüglich der Grundversorgung, sondern vielmehr auch wegen dem grossen immateriellen Wert für die lokale Bevölkerung in der öffentlichen Hand als Eigentümer zu belassen. Einer Verselbständigung mit operativen Optimierungen für den Betrieb stünden wir nicht im Wege, aber mit dieser Vorlage ist es klar die Absicht, gut funktionierende und für die Region ausserordentlich wertvolle Institutionen leichtfertig auf den (heute international gewordenen!) Verdrängungsmarkt zu werfen. Dazu sagen auch die Grünen entschieden NEIN.